

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
18 / 2011

Veränderte Sicht auf Risiken?

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2010
- MUSICA PRO PACE 2010
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress
978-3-89971-904-8

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2010

<i>Spielverderber? Neue Medien, Computerspiele und Jugendgewalt</i> Mit Christian Pfeiffer und Alexander T. Müller	17
---	----

<i>Fußball – Spielfeld für Integration oder Ausgrenzung?</i> Mit Willi Lemke, Nia Künzer und Gunter A. Pilz	41
--	----

<i>Flüchtlingsnot vor und hinter den Grenzen der Europäischen Union</i> Mit Angelika Beer, August Hanning und Elias Bierdel.	63
---	----

<i>Europa sieht Deutschland: »Dass ein gutes Deutschland blühe ...«</i> Von Friedrich Schorlemmer	91
--	----

<i>Religionen als zivilisierende Kräfte der Globalisierung?</i> Mit Selim Abdul-Galeel und Peter Steinacker.	107
---	-----

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2010

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>Die katastrophalen Folgen von Gerechtigkeit durch Gewalt. Zum Oratorium »A Child of Our Time« von Michael Tippett</i>	131
--	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Kenichi Mishima, Tokio

Die Entmachtung der japanischen Öffentlichkeit 139

Lars Gerhold, Berlin

Zwischen Risiko und Gefahr.

Unsicherheit als Anforderung an das Individuum 145

Ulrich Schneckener, Osnabrück

Der schwierige Umgang mit dem »Risiko Terrorismus«.

Möglichkeiten und Grenzen der Terrorismusbekämpfung 157

Reinhold Mokrosch, Osnabrück

Das Risiko der Gewaltfreiheit.

Was können die Weltreligionen für den Frieden tun? 171

Silke Grade, Osnabrück

»Eine Zierde der Stadt Osnabrück« oder »der Judentempel«.

Die Synagoge an der Rolandstraße 191

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 207

Abbildungsnachweis 213

Editorial: Veränderte Sicht auf Risiken?

Die Wirklichkeit schlägt (Un-)Wahrscheinlichkeit. Diese Erkenntnis drängt sich in einer Kette von Ereignissen derzeit gleich mehrfach auf. So lassen sich zahlreiche Beispiele kaum für möglich gehaltener Unglücksfälle und Katastrophen anführen: Im April 2010 explodierte die Ölbohrinsel *Deepwater Horizon* im Golf von Mexiko und versank. Elf Menschen kamen ums Leben und gewaltige Mengen von Öl strömten aus 1.500 Meter Tiefe in die See. Bei einer *Open Air*-Konzertveranstaltung, der *Loveparade* in Duisburg, entstand eine Massenpanik, die 21 Todesopfer forderte. Eine verheerende Überschwemmung erlebte Ostdeutschland 1997 an der Oder, Pakistan versank im Sommer 2010 in einer ›Jahrhundertflut‹; ein Fünftel des Landes stand unter Wasser, mehr als 1.700 Menschen starben. Mit solchen Mitteilungen eröffnen Nachrichtensendungen, wenn das Ausmaß der Schäden oder die Anzahl der Opfer die ›normale‹ Größenordnung alltäglicher Unglücke übersteigen. So bleiben solche und ähnliche Schrecknisse wie Seilbahnunfälle, Brandkatastrophen, Flugzeugabstürze oder Bergwerksunglücke uns nicht verborgen, auch wenn wir nicht zu den Betroffenen oder Nachbarn gehören.

Ob die zurückliegenden Monate ein besonders von Schadensereignissen heimgesuchter Zeitraum waren, ist müßig zu fragen. Aber etwas erscheint verändert – spätestens seit die in der Folge eines Tsunamis eingetretene Atomhavarie in Fukushima zu einer Umkehr in der Energiepolitik in Deutschland Anlass gab, welche tagespolitischen Begleitmotive daran auch beteiligt gewesen sein mögen. Es scheint sich ein allgemein gesteigertes Sicherheitsbedürfnis geltend zu machen und in öffentlichen Debatten als eine respektierte Tendenz durchzusetzen. Punktuelle Anlässe dafür mögen einige der genannten Katastrophen gebildet haben. Weitere Gefährdungen sind im Hintergrund wahrnehmbar, ohne in einem unmittelbaren Ursache-Wirkungszusammenhang zu stehen. Die seit 2008 andauernde Weltfinanzkrise bedroht die Stabilität der Staatshaushalte in Europa wie des *Euro* und konterkariert die Zufriedenheit mit der Exportstärke deutscher Wirtschaftsunternehmen und einer rückläufigen Arbeitslosigkeit. Der aus Sicht westlicher Beobachter fragwürdige ›Erfolg‹ des Krieges in Afghanis-

tan zeigt – bei gestiegenen Opferzahlen unter den eingesetzten Soldaten – die Grenzen militärischer Handlungsstrategien auf, und der aktuelle, unter UN-Mandat stehende Militäreinsatz in Libyen lässt bereits erkennen, dass die Diskussionen um Einsätze deutscher Soldaten im Ausland nach einem Abzug aus Afghanistan nicht beendet, sondern zum Dauerzustand werden.

Kann man von einem ›Klima der Angst‹ in Deutschland sprechen? Das scheint übertrieben, auch wenn in Zeitungskommentaren jetzt oft der Begriff der »*german angst*« bemüht wird, um einschlägige Sorgen und Befürchtungen als Feigheitsanwandlungen abzutun, die im Land, das den Zweiten Weltkrieg zu verantworten hat, immer wieder einmal aufkämen.

Eine Diagnose, die den Deutschen eine besondere Risikoscheu bescheinigen würde, ist aber unbegründet. Vielmehr bringt die Globalisierung der Geschäfte, die weltweite Vernetzung von Verkehr und Kommunikation, das Ausmaß der Beteiligung an der internationalen Politik auch eine gewisse Verletzbarkeit der auf diesen Feldern verfolgten politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands mit sich. Die als solche erkannten Gefahren entstammen in der Regel nicht bloßen emotionalen Befindlichkeiten einer von den Medien angeheizten Öffentlichkeit. Eine Entscheidung wie die für den Ausstieg aus der Atomenergie als bloß stimmungabhängige Willkürentscheidung oder populistischen Akt zu deuten, würde diese allzu gering schätzen. Sie wäre nur nachvollziehbar und respektabel als das Ergebnis eines tatsächlichen Umdenkens, der Neubewertung einer bestehenden Gefährdung, die künftig nicht mehr tragbar erscheint.

Risiken werden eingegangen, wenn der zu erwartende, dagegen abzuwägende Vorteil dies rechtfertigt. Die politischen, gesellschaftlichen Abwägungen treffen in der Demokratie Parlamentarier und Regierungen. Eine Grundlage dafür ist die Berechnung der Wahrscheinlichkeit eines Schadens Eintritts und der Größe des maximal eintretenden Schadens. Es ist die Sache von Experten, einen möglichen Schaden theoretisch vorwegzunehmen, zu antizipieren – auch um Vorkehrungen zu dessen Begrenzung zu treffen. Von Katastrophenschutz, Mess- und Sicherheitstechnik, Versicherungsmathematik und Medizin sowie anderen einschlägigen Disziplinen wird erwartet, dass sie das erforderliche Wissen bereitstellen.

Auch als Individuen haben wir allerdings ein vitales Interesse an Aufklärung über Gefahren und Risiken, denen wir – willentlich oder nicht – ausgesetzt sind. Und es ist keinesfalls anmaßend, sondern ein selbstverständliches Anliegen mündiger Bürger, kritische Urteile über mögliche oder wirkliche Risiken treffen zu wollen, die die Gesellschaft als Ganzes eingetht oder denen sie ausgesetzt ist.

Seit den Anschlägen des Tages *Nine Eleven*, 2001 in den USA, ist der ›internationale Terror‹ ein in der Aufmerksamkeit der Medien besonders stark herausgehobenes Risiko. Bei vielen Risikodiskussionen, etwa um

Integrations- und Migrationsfragen oder um die Rechtsstellung islamischer Glaubensgemeinschaften in den Ländern des Westens, wird ein Zusammenhang mit dieser besonderen Gefahr gesehen bzw. hergestellt. ›Terrorgefahren‹ scheinen besonders unheimlich, weil ihre Gründe in einem rational unzugänglichen Dunkeln verortet werden: Zum einen ist die Bereitschaft von Terroristen zum Selbstopfer eine sehr grundsätzliche Provokation für den normalen Menschenverstand. Zum zweiten gelten die Gewalttaten des 11. September 2001 als im islamischen Glauben der Täter »religiös motiviert«, d.h. die Beweggründe sind Nichtmuslimen von Vornherein unzugänglich, was die Gefahr selbst unkalkulierbar und unvorhersehbar machte. Ob in der Folge der Tötung *Osama Bin Ladens* eine veränderte Sicht auf dieses Risiko möglich ist, wird erst die Zukunft erweisen; die Geheimdienste werden im Zweifel eher der eigenen Wachsamkeit vertrauen. Als heimische Variante dieser Gefahr erscheinen die Fälle suicidalen, adoleszenter ›Amokläufer‹, wenn etwa Schulversager mit ungeahnter Willenskraft und den Waffen und Kampftechniken, die denjenigen computergestützter interaktiver *online*-Killerspiele und ganz gewöhnlicher *action*-Filme entsprechen, ihre (ehemalige) Schule überfallen, Mitschüler und Lehrer ›exekutieren‹ und einer zu Tode erschrockenen Öffentlichkeit zeigen, was an Rachepotenzial in ihnen steckt. Als logisches Bindeglied zwischen den Schüler-Amokläufern und fanatischen muslimischen *suicide bombers* hat sich soeben ein norwegischer Rechtsterrorist in die Geschichte der Gewaltverbrechen im 21. Jahrhundert eingeschrieben.

Was kann man anderes tun, als zu versuchen, sich über solche Vorfälle zu verständigen, nach Ursachen, Anzeichen und Gegenmaßnahmen zu fragen? Ein *Friedensgespräch* zum Thema *Neue Medien, Computerspiele und Jugendgewalt* unternahm dies im April 2010. Auf der Grundlage der Forschungsergebnisse seines Instituts prangerte der Kriminologe *Christian Pfeiffer* die negativen Folgen eines ausufernden Konsums von Computerspielen vor allem unter männlichen Jugendlichen an, die darunter selbst als Bildungsverlierer am meisten zu leiden hätten, ebenso aber die Gesellschaft, die hier große Potenziale vernachlässige. Für den Entschluss Jugendlicher zu kriminellen Gewalttaten seien aber weitere Umstände ausschlaggebend, die in der persönlichen, familiären und schulischen Situation identifizierbar seien. Gesprächspartner *Alexander T. Müller*, Gründer einer Spiele-Software-Firma und eines ›e-Sport-Teams‹ in Köln, bestand darauf, dass Computerspiele mit rein fiktionalen Spielhandlungen als Gegenstand sportlicher Wettkämpfe weit davon entfernt seien, von den Spielern als Vorlage für reale Gewaltexzesse missbraucht zu werden. Die Spieler selbst stünden diesbezüglich absolut nicht unter Verdacht. Um Jugendliche sowohl vor übermäßigem Konsum als auch vor etwaigen schädigenden Einflüssen von Computerspielen zu schützen, seien sowohl programmier-

bare Restriktionen etwa für die tägliche Spieldauer als auch medienpädagogische Angebote praktikabel. Eltern müssten allerdings ihre erzieherische Verantwortung selbst wahrnehmen und nicht den Spielherstellern übertragen. Auch künftig – so wurde deutlich – werden diese Medien allerdings als ein gesellschaftlicher Risikofaktor gesehen, und eine gewisse Hilflosigkeit in der Frage der Zulassung und / oder Eindämmung bleibt unter den Bedingungen eines freien Marktes für die Spiele unvermeidbar.

Auch beim Friedensgespräch *Fußball – Spielfeld für Integration oder Ausgrenzung?* mit Frauenfußball-Ex-Nationalspielerin *Nia Künzer*, Sportwissenschaftler *Gunter A. Pilz* und *Willi Lemke*, dem UN-Sonderberater für Sport im Dienste von Entwicklung und Frieden und langjährigen *Werder Bremen*-Manager, ging es um die Frage nach ernsthaften, friedensrelevanten Aspekten eines ansonsten heiteren, unterhaltsamen Spiels und seiner Begleitumstände: Oft genug sind Fußballstadien auch Schauplatz rassistischer Aggressionen, die so wenig zu passen scheinen zur Verabredung eines sportlichen Kräftemessens gleichrangiger Mannschaftsspieler, die sich in dieser Eigenschaft anerkennen und treffen. Diese Grundlage des Spiels, auch *Fairness* genannt, endet oft schon auf dem Spielfeld im absichtlichen Foulspiel, beim Doping oder anderen Regelverletzungen. Aber auch Fans machen mit, wenn das Spiel in Diffamierungen und Beleidigungen von Spielern oder Anhängern des gegnerischen Vereins bis hin zu tätlichen Angriffen seine Fortsetzung in finsterem, teils blutigem Ernst findet. Dass große Sportereignisse mit akzeptierten Risiken verbunden sind, zeigt die Präsenz von Polizei, Feuerwehr und Notfallmedizinern. Sollten sie, weil die Dinge immer wieder aus dem Ruder laufen, gar nicht erst stattfinden? Oder bieten Sportereignisse umgekehrt vielleicht die Chance, mit guten Beispielen für multikulturelle Begegnungen und Freundschaften für die Arbeit am innergesellschaftlichen Frieden zu werben? Allen Sportfans dürfte diese Perspektive die sympathischere sein ...

Um Leben und Tod geht es nicht selten, wenn Flüchtlinge aus afrikanischen und asiatischen Ländern in kleinen Fischerbooten »illegal« über das Meer nach Europa gebracht werden. Die Glückssucher verkennen oftmals in Unkenntnis der Umstände die drohende Gefahr, und manche haben – in dokumentierten Fällen – nicht etwa Nothilfe erfahren, wenn ihre Schiffe sanken, sondern die Unterlassung von Hilfe und eine rechtswidrige Zurückweisung durch Polizeiorgane der Europäischen Union. Im Friedensgespräch *Flüchtlingsnot vor und hinter den Grenzen der Europäischen Union* diskutierten die frühere Europa-Abgeordnete *Angelika Beer*, der ehemalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium *August Hanning* und *Elias Bierdel*, Vorstand einer Flüchtlings-Hilfsorganisation, die Haltung der Europäer zu Flüchtlingen und Immigranten, die insbesondere über gefährliche Seewege Zugang zu den EU-Staaten zu finden hoffen.

Auch hier spielt der Gesichtspunkt der Abwehr von Terrorgefahren durch illegale Einreisende angeblich eine Rolle, ebenso aber die Befürchtung, dass eine Integration von Flüchtlingen aus ›fremden‹ Kulturkreisen ab einer gewissen zahlenmäßigen Größenordnung nicht leistbar sei. Die Bereitschaft zur Hilfe steht und fällt hier offenbar mit der politischen Bewertung der Brauchbarkeit bzw. Überflüssigkeit dieses ›Menschenmaterials‹. Daran haben auch die politischen Umbrüche in den nordafrikanischen Staaten bisher nicht viel ändern können. Dass in Notlagen Hilfe selbstverständlich ist und dass – auch im Hinblick auf eine allenthalben offenkundige globale Ungerechtigkeit – Hilfe aus humanitären Gründen zu fordern sei, wird zwar abstrakt bejaht, erweist sich aber in der Praxis der *Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen*, kurz: *Frontex*, als unmaßgeblich. Flüchtlinge, die in die Länder der EU einreisen wollen, werden weiterhin als untragbare Last für diese angesehen. Die EU-Mitgliedstaaten nehmen in Kauf, dass ihre menschenrechtlichen Grundwerte durch eine solche Praxis desavouiert werden.

Zu diesen Grundwerten gehört auch die verbürgte Freiheit der Religionsausübung, die allerdings vielen in Europa zunehmend als ein Risiko erscheint. Dessen eingedenk, stand im Rahmen des von den Friedensgesprächen mitveranstalteten Internationalen Symposiums: *Religionen und Weltfrieden. Zum Friedens- und Konfliktlösungspotenzial von Religionsgemeinschaften* eine Podiumsveranstaltung unter der optimistischen Fragestellung *Religionen als zivilisierende Kräfte der Globalisierung?* auf dem Programm. Mit Staatssekretär *Dr. Selim Abdul-Galeel* aus Kairo und dem früheren hessischen Kirchenpräsidenten *Prof. Dr. Peter Steinacker* trafen ein Islamllehrter und ein evangelischer Theologe zusammen, um über Friedenspotenziale ihres Glaubens zu konferieren. Deutlich wurde vor allem, dass keine der beiden vertretenen Religionen ihre eigene Glaubenswahrheit zur Disposition stellen kann, man aber auch nicht auf die Herausstellung der Differenzen verzichten mochte. »Unterschiede zu zivilisieren, d.h. ihnen das Gewaltpotenzial zu nehmen«, forderte Steinacker, um des Friedens willen. »Wir Muslime«, sagte Abdul-Galeel, »sind für die Freiheit, lehnen jedoch die Einmischung in die Angelegenheiten anderer sowie die Beeinträchtigung anderer ab«. Solange selbst unter Gläubigen Unsicherheit herrscht gegenüber dem friedfertigen Charakter der Religion ihres Gegenübers, ist ihre mögliche Rolle als Friedenstifter schwerlich zu erkennen. Wären insofern (alle) Religionen selbst als Risiken anzusehen? Diese ketzerische Frage eines Besuchers blieb unbeantwortet.

Die Herstellung staatlicher Einheit von DDR und alter BRD liegt mehr als 20 Jahre zurück. Seither dauert ein Transformationsprozess an, der ohne Beispiel ist, nahezu alle gesellschaftlichen Teilbereiche einbezieht und dessen positiver Ausgang nicht abzusehen war. Dass hier von vielen Seiten

– teils mit ihrem Einverständnis, teils ohne – ein großes Wagnis eingegangen wurde, ist heute fast vergessen. *Friedrich Schorlemmer*, Publizist und Pastor aus Wittenberg, übernahm die Aufgabe, am Tag der Deutschen Einheit 2010 eine Bilanz zu ziehen. Sie fiel positiv aus, denn die deutsche Einheit und auch der beschrittene Weg seither ist – bei mancher Detailkritik – mehrheitlich politisch unumstritten.

Eine Reihe von Beiträgen zum Thema *Veränderte Sicht auf Risiken?* rundet diesen Band ab:

Der Philosoph *Kenichi Mishima* untersucht angesichts der jüngsten Ereignisse in Japan *Die Entmachtung der japanischen Öffentlichkeit*.

Der Risikoforscher *Lars Gerhold* nimmt unter dem Titel *Zwischen Risiko und Gefahr. Unsicherheit als Anforderung an das Individuum* sozialpsychologische Grundtatsachen in den Blick.

Der Politikwissenschaftler *Ulrich Schneckener* reflektiert über Möglichkeiten und Grenzen der Terrorismusbekämpfung in seinem Beitrag *Der schwierige Umgang mit dem »Risiko Terrorismus«*.

Reinhold Mokrosch, evangelischer Theologe in Osnabrück und hier u.a. Vorsitzender des Runden Tisches der Religionen, nennt seinen Beitrag *Das Risiko der Gewaltfreiheit. Was können die Weltreligionen für den Frieden tun?*

Die Frage nach dem Verhältnis der Religionen zueinander begründet auch die Aufnahme des Beitrags der Kunsthistorikerin *Silke Grade*, der sich mit der Baugeschichte der 1938 während der sog. Reichspogromnacht zerstörten Osnabrücker Synagoge an der Rolandstraße befasst, die – je nach Perspektive – so bezeichnet wurde: *»Eine Zierde der Stadt Osnabrück«* oder *»der Judentempel«*.

Die Überfälle auf Synagogen und andere jüdische Einrichtungen, vor allem aber die Vertreibung und Verfolgung der Juden nach der NS-Machtübernahme waren auch inhaltlicher Bezugspunkt zum Programm des Konzertes zum Osnabrücker Friedenstag unter dem Motto *musica pro pace* mit dem Oratorium *A Child of Our Time* des britischen Komponisten *Michael Tippett* (1905-1998), das dem Attentäter (oder Widerstandskämpfer?) *Hermann Grünschan* aus Hannover – geboren in Polen als *Herschel Grynszpan* –, gewidmet war. Er verübte im November 1938 in Paris jenen Anschlag auf einen deutschen Diplomaten, den die Nazis zum Anlass für die Reichspogromnacht machten. *Stefan Hanheide*, Musikwissenschaftler an der Universität Osnabrück, kommentiert die Komposition und das historische Geschehen.

Henning Buck